

Ethik des Spendens und Stiftens

Dr. Ulrich Thielemann
Berlin, 16. September 2010

Die Rückkehr der sozialen Marktwirtschaft

Das Soziale ist aus der Marktwirtschaft weitgehend entwichen. Dieser Ansicht ist jedenfalls die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung. Gemäß einer Emnid-Studie im Auftrag der Bertelsmann Stiftung vom August 2010 wollen 88% der Deutschen eine „neue Wirtschaftsordnung“, und zwar eine solche, „bei der der Schutz der Umwelt, der sorgsame Umgang mit Ressourcen und der soziale Ausgleich in der Gesellschaft stärker berücksichtigt wird“. Dies ist wohl kaum als eine generelle Abkehr von einer Marktwirtschaft zu deuten, aber als Rückkehr zur oder als Revitalisierung der sozialen Marktwirtschaft, d.h. einer solchen, die dem Wohle aller dient, nicht bloß dem Wohlstand weniger.

Zahlreiche Umfragen bestätigen diesen tief empfundenen Wunsch der Bürger hin zu einer Marktwirtschaft, die nicht von Gier und dem schieren Eigeninteresse geprägt ist, sondern von einem Sinn für Fairness und von der Verantwortungsbereitschaft für die sozialen und ökologischen Folgen des eigenen Tuns. Mehr Markt wünscht nur noch eine Minderheit von unter 20 % der Deutschen. Ähnliche Auffassungen werden laut einer BBC-Studie aus dem Jahr 2009 in Frankreich (6%), Großbritannien (13%), Indien (13%), Japan (8%) oder, gewissermaßen als Ausreißer nach oben, in den USA (26%) vertreten. An die sogenannten Selbstheilungskräfte der Märkte glauben zwar immerhin 28% der Deutschen, aber nur 20% mit höherer, hingegen 47% mit niedriger Schuldbildung. Es besteht kaum ein Zweifel, dass die Idee einer moralisch gemäßigten und ethisch orientierten Marktwirtschaft im Kommen ist. Der Papst nennt sie in seiner jüngsten Sozialenzyklika eine „voll und ganz menschliche Marktwirtschaft“.

Auch aus einer integrativ-wirtschaftsethischen Sicht führt an ihr kein Weg vorbei, denn der Ökonomismus, der den reinen Markt feiert und den Homo oeconomicus als Rollenmodell zu verteidigen sucht, verletzt das Moralprinzip unmittelbar und frontal. Auch an der Marktwirtschaft führt selbstverständlich kein Weg vorbei. Es fragt sich nur, wie viel davon dem guten Leben aller und dem fairen Zusammenleben zuträglich ist.

Der Beitrag der Vermögenden

Die Finanzmarktkrise hat das Ende der Marktgläubigkeit eingeleitet, d.h. die Abkehr vom Glauben daran, dass ein reiner Markt zum obersten Prinzip der Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft taugt. Nun stellt sich die Frage, wie eine soziale, eine faire und menschliche Marktwirtschaft aussehen könnte. Für Wohlhabende stellt sich die Frage: Wie werden wir Teil der Lösung auf dem Weg dorthin?

Die Aufsehen erregende Initiative von Bill Gates und Warren Buffett vom Juni dieses Jahres – „The Giving Pledge“ (Das Spendenversprechen) – ist vor diesem Hintergrund zu sehen. Die Superreichen – und davon gibt es nicht nur in den USA immer mehr – werden von Gates und Buffett aufgefordert, mindestens die Hälfte ihres Vermögens dem Gemeinwohl zur Verfügung zu stellen. Bislang sind 40 US-Milliardäre (von insgesamt 277) diesem Aufruf gefolgt. Ob zu Lebzeiten oder nach dem Tode gespendet wird, ist dabei zweitrangig.

Natürlich muss man hierbei nicht nur an Milliardäre denken. Im Prinzip ist jeder aufgerufen, der von seinem Einkommen oder Vermögen etwas abgeben kann, was natürlich eine individuelle ethische Abwägungsfrage ist. Gleichwohl ist interessant, einen Blick auf die Milliardäre zu werfen, denn zweifelsohne ist die Entbehrlichkeit hier besonders hoch. Die aktuelle Forbes-Liste führt 1011 Personen auf. Sie verfügen über ein Gesamtvermögen von \$ 3600 Milliarden. Deutschland hat 53 Milliardäre und 861500 Millionäre. Das Private Banking spricht von High Net Worth Individuals (HNWI). Sie zeichnen sich dadurch aus, dass sie über ein Investivkapital von \$ 1 Million oder mehr verfügen. Die global rund 10 Millionen HNWIs des Jahres 2009 verfügten über ein Gesamtvermögen von \$ 39000 Milliarden, was \$ 39 Millionen pro Kopf entspricht.

Was fängt man mit all diesem Geld an? Natürlich kann man es sinnvollen Investitionen zuführen, etwa in das eigene Unternehmen reinvestieren, um dieses zu erhalten oder weiter voran zu bringen, dabei gute Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten und gesellschaftlich sinnvolle Produkte herzustellen. Doch was, wenn diese Möglichkeit nicht oder nur begrenzt besteht? Dann bieten sich im Prinzip drei Optionen. Man kann das Kapital erstens weiter investieren nach dem Motto: Hauptsache, die Rendite stimmt, Hauptsache das Vermögen wächst, egal wie. Aber welchen Sinn hat das? Offenbar bloß den, sein Ego zu befriedigen, etwa in den Olymp der „Ultra High Net Worth Individuals“ (mehr als \$ 30 Millionen Vermögen) aufzusteigen und im bloß äußerlichen Statuswettbewerb mitzumachen. Ob sich die erhoffte Anerkennung einstellen wird, ist allerdings fraglich. Wahrhafte Wertschätzung lässt sich nicht erkaufen, wobei viele ein ganzes Leben brauchen dürften, um dies zu erkennen. Man kann sich zweitens einem Leben in Luxus hingeben. Villen und Yachten bieten ja zahlreiche Möglichkeiten der Geldvernichtung. Verantwortliche Bürger, die es zu einigem Wohlstand gebracht haben, empfinden dies allerdings ziemlich rasch als fad. Sie spüren, dass es wenig Sinn macht, das viele Geld im Luxus zu verpressen.

Die Sinnfrage hat sich etwa auch Warren Buffett gestellt, und hat ihn zum Wohltäter werden lassen. 99% seines viele Milliarden schweren Vermögens möchte er dem Gemeinwohl zur Verfügung stellen. Mehr als 1 Prozent seines Vermögens – dies sind immer noch \$ 370 Millionen – könne er ohnehin nicht verbrauchen. „In einem vergleichenden Sinne“, nämlich im Vergleich zu dem, was man für einen auskömmlichen Lebensunterhalt zur Verfügung hat, „geben viele Leute jeden Tag mehr an andere“. Etwa solche, die ehrenamtlich tätig sind oder hier und dort an Wohltätigkeitsorganisationen spenden. Seine Spendentätigkeit stellt Buffett darum unter das Motto: „Behalte alles, was Du nachvollziehbarer Weise gebrauchen kannst und gib das Verbleibende an die Gesellschaft für deren Bedürfnisse.“

Spenden – und Steuern – als Bürgerpflicht

Zu spenden ist Bürgerpflicht, und zwar je mehr, je eher man es sich leisten kann. Dies gilt auch für das auf Dauer gestellte, systematische Spenden: die Errichtung einer Stiftung. Spender und Stifter empfinden die Hingabe von Einkommens- oder Vermögensteilen für gemeinnützige statt private Zwecke in der Regel nicht als Bürde, sondern als Ausdruck ihrer Pflichten als Bürger. Dies dürfte auch damit zusammenhängen, dass viele Spender zumindest intuitiv wissen, dass ihr Vermögen sich nicht einfach ihrer privaten Schaffenskraft verdankt – selbst wenn sie einen weit überdurchschnittlichen Leistungseinsatz zeigen oder gezeigt haben (was übrigens nicht zwingend ist – man denke an Erb-

schaften). Für europäische Ohren mute der amerikanische Satz, mit dem Spendenaktivitäten häufig begleitet werden, ja zunächst etwas merkwürdig an: „Ich wollte etwas zurückgeben.“ Diese Begründung wirft ja die Frage auf: Wem hast Du es denn genommen? Und: Hast Du vielleicht zu viel genommen, dabei von unfairen Regeln der Einkommens- und Vermögensverteilung profitiert? Wären da nicht andere Regeln der Einkommensverteilung eigentlich der angemessenere Weg?

Mit diesem Vorwurf ist die Spendentätigkeit häufig konfrontiert. Die beinahe einhellige Antwort auf „The Giving Pledge“ lautete in Deutschland, teilweise aber auch in den USA: Warum dann nicht die Steuern erhöhen, jedenfalls für ein faireres Steuersystem sorgen? Dafür plädieren übrigens viele Wohlhabende selbst, so hierzulande etwa der Hamburger Reeder und Millionär Peter Krämer oder in den USA der Immobilienmogul Stephen Ross. Auch Warren Buffett selbst findet es völlig unangemessen, dass er selbst (mit 19%) – man glaubt es kaum – prozentual tiefere Steuern zahlt als etwa seine Mitarbeiter (mit 33%). (Offenbar ist das us-amerikanische Steuersystem in seiner Gesamtwirkung degressiv ausgestaltet.) Überdies ist er der Meinung, dass es zu den Aufgaben des Staates auch gehört, eine Plutokratie zu vermeiden. Denn dies widerspricht nicht nur dem Geist der Demokratie sondern auch der durch und durch bürgerlichen Idee der Chancengleichheit. Buffett verabscheut „dynastischen Reichtum“, insbesondere „wenn 6 Milliarden Menschen in deutlich ärmeren Verhältnissen leben.“

Man sieht daran: Zwischen einer horizontal wie vertikal gerechten Besteuerung – von der wir uns recht weit entfernt haben – und dem freiwilligen „Zurückgeben“ von Vermögensanteilen an die Gesellschaft muss kein Gegensatz bestehen. Denn die meisten der Wohlhabenden, die sich unangemessen tief besteuert sehen – in Deutschland etwa auch die Initianten der Bewegungsstiftung – spenden ja selbst oder haben Stiftungen gegründet. Der Satz „Justice first, then charity“ soll diesen Grundsatz festhalten. (Dies bedeutet nicht, dass Wohltätigkeit nichts mit Gerechtigkeit zu tun hätte. Es ist nur nicht die strenge Gerechtigkeit des Rechtsstaates.) Denn dem privaten Spenden kann leicht etwas Willkürliches und Gönnerhaftes anhaften. Es kommt zum einen darauf an, dies zu vermeiden, zum anderen darauf, keinen Gegensatz zwischen einem gerechten Steuersystem, überhaupt einer fairen Rahmenordnung für das Wirtschaften, und der privat initiierten Förderung des Gemeinwohls zu konstruieren. Denn Buffett weiß: er kann auch privat eine ganze Menge tun, um die Situation der weniger Begünstigten zu verbessern.

Spenden und Steuern haben ja eines gemein: Die Unentgeltlichkeit. Sie sind finanzielle Verausgabungen ohne Gegenleistung, jedenfalls ohne Gegenleistung sei es für den privaten Konsum oder für die eigene Einkommenserzielung, was einer Investition entspräche. Was die Steuern anbelangt, so hält die Abgabenordnung (in § 3) ausdrücklich fest, dass es sich um „Geldleistungen, die nicht eine Gegenleistung für eine besondere Leistung darstellen“, handelt. Der Unterschied besteht, bei oberflächlicher Betrachtung, darin, dass Steuern „Zwangsabgaben“, Spenden hingegen „freiwilliger“ Natur sind. Unter „Freiwilligkeit“ könnte man nun die vollständige Willkür des Spenders verstehen. Ihr Sinn könnte dann nur in der Befriedigung von Präferenzen bestehen, die man zufälligerweise gerade hat, frei nach dem Motto: „Ich spende, weil es mir ein gutes Gefühl verschafft.“

Wer so spricht oder denkt, versteht den Sinn des Spendens nicht. Hierbei geht es nicht um die Befriedigung von willkürlichen Präferenzen, sondern um die Erfüllung einer moralischen Pflicht. Wenn man sich dabei gut fühlt, umso besser. Man muss hier gar keinen Gegensatz zwischen „Pflicht“ und „Neigung“ konstruieren. Wahrhafte Pflichten eignet man sich an, sie werden zur Neigung. Das heißt aber nicht, dass die Neigung dem Spender die Hand führte. Eine Spende oder die Errichtung einer Stiftung ist vielmehr Ausdruck einer Pflicht, d.h. der freien, autonomen Einsicht darin, was nach Ansicht des Spenders oder Stifters und gemäß seiner Kompetenzen dem Gemeinwohl und der Gerechtigkeit am besten dient.

Spezifischer betrachtet sind Spenden oder Stiftungen Ausdruck von „verdienstlichen“ oder „weiten“ Pflichten, um mit Immanuel Kant zu sprechen. Wer spendet, macht sich um das Gemeinwesen verdient. Und natürlich sind Pflichten nicht, wie häufig angenommen wird, Zwänge. Sie sind vielmehr Ausdruck einer freien und autonomen Einsicht in das Richtige und Verantwortungsvolle. Nach Kant macht uns sogar nichts so frei wie die Erfüllung einer Pflicht. Denn wir selbst sind es ja, die sie einsehen und ihr aus freien Stücken nachkommen. Neigungen und Präferenzen – etwa im Bereich des Konsums – könnten hingegen einem zumindest inneren Zwang folgen, etwa auch dem Zwang, im Statuswettbewerb möglichst weit oben zu stehen.

In demokratischen Rechtsstaaten, deren Grundidee häufig missverstanden wird, sind Steuern oder andere Rechtszwänge ebenfalls Pflichten – und genau genommen keine Zwänge. Zumindest ihrem eigenen Anspruch nach sind sie Ausdruck der freien Einsicht der Bürger darüber, was eine gerechte und faire Ordnung des Gemeinwesens ausmacht. Die Bürger sind der Souverän, der Staat nur ihr Instrument zur Verwirklichung öffentlicher Aufgaben. Allerdings sind Rechtspflichten sanktionsbewehrt. Der systematische Grund hierfür liegt darin, dass die moralische Verbindlichkeit der je individuellen Einsichten der Bürger allein zu schwach ist und darum durch die sanktionsbewehrte Verbindlichkeit des Legalrechts gestützt werden muss. Wenn verantwortungsbewusste Bürger nicht sicher sein könnten, dass ihre Mitbürger mitziehen, wären sie rasch die Dummen.

Wohlstands- und Einkommenserzeugung ist keine Privatangelegenheit

Warum sind gerade Wohlhabende aufgerufen, zu spenden oder Stiftungen zum Wohle der Allgemeinheit ins Leben zu rufen? Zunächst dürfte uns in den Sinn kommen, dass sie über die Möglichkeiten dazu verfügen – in weitaus höherem Maße als Bürger, die sich wirtschaftlich eher am unteren Ende der Einkommens- und Vermögensskala bewegen. Dies ist allerdings die nur oberflächliche Antwort. Die tiefer liegende wirtschaftsethische Antwort lässt sich am amerikanischen „Zurückgeben“ festmachen. Dieses speist sich auch aus der tieferen Einsicht – oder jedenfalls Ahnung –, dass Einkommen und Vermögen (also kumulierte Einkommen) nicht einfach eine Privatangelegenheit sind. Niemand erzielt sein Einkommen solitär, aus sich selbst heraus. Robinson Crusoe mag sehr fleißig und auch leistungsfähig gewesen sein. Aber wer hätte ihn bezahlen sollen? Die Erzielung von Einkommen ist zunächst schon allein darum keine reine Privatangelegenheit, weil andere diese Zahlungen leisten. Überdies werden Einkommen stets arbeitsteilig erzielt, mit anderen (etwa Mitarbeitern und Zulieferern) und durchaus auch gegen andere, die Konkurrenten nämlich. Es ist schlicht nicht möglich, ein Milliardenimperium buchstäblich aus eigener Kraft aufzubauen. Einkommen werden nicht auf dem Mond erzielt, sondern im sozialen Beziehungsfeld der – hoffentlich sozialen – Marktwirtschaft. Geht es dabei fair zu? Sind und leistungsgerecht zu? Dies sind wirtschaftsethische Grundfragen, die jeden interessieren sollten, dem an der Legitimität und Verantwortbarkeit seines Handelns gelegen ist.

Auch Warren Buffett weiß, dass sich sein Milliardenvermögen, nüchtern betrachtet, nicht allein seiner eigenen Schaffenskraft, sondern auch, vielleicht vor allem, dem Zusammentreffen vieler glücklicher Umstände verdankt. Zur Begründung seiner Mitwirkung am „Spendenversprechen“ führt er an: „Ich bin begünstigt von einem Marktsystem, das manchmal verzerrte Ergebnisse hervorbringt“ und das die Belohnungen „reichlich launenhaft“ verteilt. „Großartige Lehrer werden mit dem Dank der Eltern belohnt, doch die Belohnungen derjenigen, die falsch bewertete Wertpapiere erkennen können, kann Milliarden erreichen.“ Darum gelte es, diejenigen, die im Leben „durch das Pech der Umstände den Kürzeren gezogen haben“, zu unterstützen.

In der Tat lässt sich fragen, ob die gegenwärtige Struktur der Einkommens-, Vermögens- und Lastenverteilung als fair und leistungsgerecht zu beurteilen ist. Viele rackern sich in unsicheren Beschäfti-

gungen ab, doch zum Leben reicht es kaum. Viele gewinnen den Eindruck, dass sich die Marktwirtschaft derzeit von anständigen Vergütungen und einer fairen Teilhabe an den Früchten der gemeinsamen Anstrengungen zur Wohlstandserzeugung entfernt hat. Ein Blick in die Statistik bestätigt diesen Eindruck.

Seit dem Jahr 2000 sind die Nettolöhne und -gehälter in Deutschland um 2,5 % gesunken, während das Bruttoinlandsprodukt um 8,4 % wuchs. Entsprechend stiegen die Unternehmens- und Vermögenseinkommen, und zwar um 31,1 %. Nicht nur ging das Wirtschaftswachstum statistisch gesehen also vollständig an Bezieher von Kapitaleinkommen, darüber hinaus fand auch eine Umverteilung von selbstständiger und unselbstständiger Arbeit hin zum Kapital statt. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) stellt eine Schrumpfung der Mittelschicht fest, d.h. es gibt mehr arme und immer mehr reiche Haushalte. Das DIW schreibt dazu: „Eine Verstärkung der Einkommensungleichheit dürfte als erheblich gravierender bei den Verlierern erlebt werden, wenn sich nicht nur der Abstand zu den höheren Einkommen vergrößert, sondern auch noch jeden Monat weniger Geld als zuvor verfügbar ist.“

The Giant Pool of Money

Um diese Schieflagen wieder ins Lot zu bringen, können und sollten auch Stiftungen durchaus bedeutende Beiträge leisten. Hierfür lässt sich eine weitere Begründung anführen. Sie hängt mit der Finanzmarktkrise zusammen, die aus Sicht vieler Experten nur vorübergehend bewältigt wurde. Untergründig lodert es weiter.

Seit 1980 hat sich die globale realwirtschaftliche Wirtschaftsleistung versechsfacht. Dies ist sehr beachtlich und zu guten Teilen auf das rasante Wirtschaftswachstum der Schwellenländer zurückzuführen. Die deutsche Wirtschaft wuchs real um immerhin 45%. Das globale Finanzvermögen, wie es nominal in den Büchern steht, hat sich im gleichen Zeitraum gemäß Erhebungen von McKinsey allerdings verfünfeinfacht. Das ist die Blase, eine gigantische Vermögenspreisinflation. Sie besteht nach wie vor, denn die Sicherheiten, die die Staaten den Banken bzw. letztlich dem Kapital gegeben haben und für die der Steuerzahler eintreten muss, haben die Finanzblase faktisch vor dem Platzen bewahrt.

Die entscheidende Frage ist: Wer soll das alles erwirtschaften? Wer soll die zusätzlichen Güter herstellen, deren Absatz Renditen abwirft, die der „Global savings glut“ (Ben Bernanke) bzw. dem „Giant pool of money“ zu einem irgendwie erwartbaren Zinssatz korrespondieren?¹ Und falls dies möglich sein sollte, können wir uns ein Wirtschaftswachstum dieser Größenordnung ökologisch und sozial leisten? Soll das Leben der Normalbürger noch stressiger werden? Sollen das Leben im Ganzen weiter ökonomisiert werden? Oder sollte eine weitere Umverteilung von Realwirtschaft zum Kapital wünschbar bzw. als fair zu beurteilen sein? Es ist nicht ersichtlich, wie dies gerechtfertigt werden können sollte. Vielleicht wäre es durchsetzbar, etwa in dem die Kräfte des Kapitals die Staaten und damit die Beschäftigten dieser Welt weiterhin gegeneinander ausspielen und dabei mithelfen, Politik auf Standortpolitik zu reduzieren, um das Kapital noch mehr als bislang zu „hofieren“ (Hans-Werner Sinn). Dann aber fragt sich: Wer sollte all die zusätzlichen Güter kaufen, wenn den Normalbeschäftigten doch immer weniger in der Tasche bleibt? Natürlich könnte man sich eine gesplante Wirtschaft vorstellen, mit einem gigantischen Luxussegment für die „super rich“ und einem Billig-Segment für den Rest? Aber wer wollte dies verteidigen?

¹ „The Giant Pool of Money“ ist der Titel einer preisgekrönten Radiosendung zur Finanzmarktkrise vom 9. Mai 2008. Eine Transkription in englischer und deutscher Sprache ist online verfügbar: www.thisamericanlife.org/radio-archives/episode/355/the-giant-pool-of-money.

„Mehr als ein Jahrzehnt lang“, schreibt Prof. Didier Sornette von der ETH Zürich, „haben sich Banken, Versicherer, Wall Street und Main Street dem Glauben hingegeben, sie seien reicher. Aber dieser Reichtum war nur das Resultat einer ganzen Serie von sich selbst erfüllenden Blasen.“ Darum ist es „unumgänglich, im Finanzsektor eine rapide Deflation durchzuführen bzw. Luft aus der Finanzsphäre abzulassen.“²

Eine Vermögenspreisdeflation wird ohnehin kommen. Und hoffen wir, dass sie kontrolliert kommt, wofür selbstverständlich nicht auf die „Selbstheilungskräfte“ des Marktes zu hoffen ist, sondern eine global zu koordinierende Ordnungspolitik zu sorgen hat. Doch auch Private können hier Beiträge leisten. Verantwortungsvolle und vorausschauende Vermögende werden erkennen, dass es sinnvoller ist, Teile ihres faktisch gehorteten Vermögens gemeinnützigen Zwecken zuzuführen, als der vergeblichen Hoffnung nachzujagen, dass sich die illusionären Renditeversprechen irgendwann einstellen könnten. Wenn Vermögensbestandteile in durchaus beachtlichem Umfang ohnehin verloren sind, ist es nicht besser, damit etwas Sinnvolles anzustellen? Volkswirtschaftlich gesehen würden die Finanzmittel dem Konsum statt der Investition zugeführt, womit ein Beitrag zur Bewältigung der Überinvestitionskrise geleistet würde. Allerdings wäre es nicht Konsum für den eigenen Bedarf, sondern für einen gemeinnützigen Bedarf, Konsum für alle sozusagen.

Vielleicht ließe sich der Renditewettbewerb, der auch geldpolitisch angefeuert wurde und weiterhin wird und der zu Blasen führt, in einen Spenden- und Stiftungswettbewerb umkehren. Über eine gesicherte Lebensversorgung auf durchaus ansehnlichem Niveau dürften sich die meisten – tatsächlichen oder potentiellen! – Spender ohnehin bewegen. Und falls nicht, kann man es ja bei kleineren Beiträgen belassen und sich zu einer Bürgerstiftung zusammenschließen.

Man muss ja nicht so weit gehen wie die US-amerikanische Familie Salwen.³ Beim Anblick eines Obdachlosen am Straßenrand, neben dem zufällig ein Mercedes hält, kommt der 14-jährigen Tochter in den Sinn: „Wenn der Mann neben uns im Mercedes ein kleineres Auto fahren würde, könnte der Obdachlose sich von dem gesparten Geld Essen kaufen.“ In der Mittelstandsfamilie reifte drauf die Ansicht, dass man auch mit der Hälfte der zur Verfügung stehenden Mittel gut leben könnte. Die Familie verkaufte darauf ihr großes Haus zugunsten eines kleineren. Die 800'000 Dollar „Gewinn“ stellt sie seither gemeinnützigen Zwecken zur Verfügung. Dies ist sicher eine individuelle Entscheidung der Familie, aber auch Vorbild und Ansporn, vor allem, wenn man sich die Frage stellt, was wirklich im Leben zählt.

Wohin spenden?

Es gibt zwei Typen von Spendern bzw. Stiftern: Die einen haben bereits herausgefunden, wo aus ihrer Sicht der soziale und gesellschaftliche Schuh am meisten drückt. Ihre Probleme dürften sich, abgesehen davon, dass die zu spendenden oder zu stiftenden Finanzmittel kaum je reichen, um das gewünschte Ziel zu erreichen, vor allem im Bereich der Spenden- oder Stiftungsorganisation liegen. Andere Wohlhabende haben ihre besondere Verantwortung für die Förderung des Gemeinwohls erkannt und fragen sich nun: Welchen gemeinnützigen Zwecken sollen wir das Vermögen, welches wir hingeben möchten, zur Verfügung stellen?

Dies ist bei Licht gesehen eine gesellschaftspolitische Frage. Häufig wird ja vorgebracht: Warum sollen diejenigen, die über große Vermögen verfügen, gesellschaftspolitische Prioritäten setzen dürfen? Ist dies nicht reichlich undemokratisch? Dagegen lässt sich einwenden, dass, unter der Vorausset-

² Sornette, D.: Zurück zu den grundlegenden Prinzipien einer soliden Wirtschaft, Neue Zürcher Zeitung, 21. Januar 2009. www.nzz.ch.

³ www.thepowerofhalf.com.

zung, dass diese großen Vermögen nun einmal bestehen, es besser ist, die Vermögen gemeinnützig einzusetzen – statt etwa für den Luxus oder das weitere Anfeuern der Finanzblase. Und natürlich ist, wie oben erwähnt, das Stiften und Spenden nicht als Alternative zu einem gerechteren Steuersystem zu sehen, sondern als ein weiterer, nun privat initiiertes Schritt hin zu einer besseren, gerechteren Welt.

Allerdings ist das im weiteren Sinne demokratische Argument, die gute gesellschaftliche Entwicklung dürfe nicht vom „Milliärdärgusto“ (Peter Krämer) abhängen, durchaus ernst zu nehmen. Der Reeder Peter Krämer empfiehlt, an etablierte Organisationen, sozusagen an Gemeinwohlprofis zu spenden. Hier kommt es also vor allem auf die Grundsatzentscheidung an, welche Felder des Gemeinwohls man für besonders förderungswürdig hält. Die ethisch häufig schwierige Frage, wohin genau die Gelder fließen sollen, welchen Infrastrukturen aufzubauen sind usw., wird damit in die Hand renommierter Förderorganisationen gelegt. Diese sollten idealerweise einer gewissen öffentlichen Kontrolle unterstehen. Seriöse Organisationen schätzen dies und wollen sich ihrer öffentlichen Rechenschaftspflicht stellen. Im Verborgenen wirkenden Organisationen ist demgegenüber mit großer Vorsicht zu begegnen.

Welcher Bereich als förderungsbedürftig einzustufen ist, ist zwar keine Frage des Gustos, aber doch eine persönliche Frage, nämlich diejenige danach, worin man selbst den gesellschaftspolitisch dringenden Bedarf erblickt. Die mehr oder minder individuell-zufällige Konfrontation mit gesellschaftlichen Missständen mag in vielen Fällen einen wichtigen Impuls liefern. Doch sollte dieser Impuls von reiflichen Überlegungen begleitet sein, insbesondere von der Überlegung, was dem bürgerschaftlichen Engagement obliegen soll einerseits und wo wir als Bürger aufgerufen sind, den Staat tätig werden zu lassen, andererseits. Für letzteres spricht die demokratische Fundierung und die Stetigkeit. Für das Engagement der Bürger spricht vor allem ein neuartiges Verständnis von Gesellschaft, für das sich der Begriff „Zivilgesellschaft“ im Allgemeinen und der „Dritte Sektor“ im Besonderen herausgebildet hat.

Die Integration des Stiftungsgedankens in die Wirtschaft

Organisation des Dritten Sektors sind privat, also nicht-staatlich initiiert, dienen aber nicht vorrangig der eigenen Einkommenserzielung, sondern der Bewältigung gesellschaftlicher, gemeinnütziger Aufgaben. Häufig werden sie als „Nonprofit-Organisationen“ bezeichnet. Doch erzielen sie durchaus Überschüsse bzw. „Gewinne“ – definitionsgemäß, denn ansonsten könnten sie ihre Rechnungen nicht mehr zahlen. Auch die Zuwendungen Dritter, auf die diese Organisationen in der Regel angewiesen sind, bilden aus dieser Sicht einen Teil der Überschüsse, vielleicht den wesentlichsten, dazu können aber auch Entgelte für erbrachte Leistungen zählen. Der entscheidende Unterschied zu den „Profit-Organisationen“ besteht darin, dass sie nicht vorrangig der Gewinnerzielung dienen sollen, sondern dem, was aus der Sicht der Organisation gesellschaftlich Sinn macht. Dies bedeutet für die Förderer oder „Investoren“ solcher Organisationen: sie verzichten auf einen (vielleicht bedeutenden) Teil der Gewinne, die sie ansonsten erzielen könnten.

Es käme darauf an, den Dritten Sektor zu stärken, ihn weiter auszubauen und letztlich darauf, seine Prinzipien in den „Ersten Sektor“ (die Marktwirtschaft) zu integrieren, um so zu einer „Zivilisierung der Wirtschaft“ (Sozialenzyklika) beizutragen. Die üblicherweise strikt gezogene Trennlinie zwischen reinen „For-profit-“ und ebenso reinen „Not-for-profit-Organisationen“ würde damit mehr und mehr verschwinden. Wer sein Geld anlegen will oder muss, wäre dann nicht *entweder* ein „Philanthrop“ *oder* ein „Profitgeier“, *entweder* ein „Altruist“ *oder* ein „Egoist“, vielleicht gar das eine unter der Woche, das andere als Freizeitvergnügen. Vielmehr würde die Wirtschaft von Ideen der gesellschaftlichen Sinnhaftigkeit und der sozialen und ökologischen Verantwortbarkeit durchdrungen, die Gemeinnützigkeit in die Unternehmen integriert.

Dieser Gedanke, der sich auch als der der Erneuerung und Revitalisierung der sozialen Marktwirtschaft begreifen lässt, greift derzeit von verschiedenen Quellen aus um sich. Etwa in der Idee so genannter „Sozialunternehmen“, die von Muhammad Yunus, Friedensnobelpreisträger und Gründer der Grameen Bank für Mikrokredite, ausgeht. Sozialunternehmen machen Gewinne, doch sie erteilen der Gewinnmaximierung bzw. der Einkommensmaximierung ihrer Kapitaleigentümer eine klare Absage. Sozialunternehmen verfolgen soziale Ziele als ihr Geschäftsmodell. Gewinne werden dabei nicht ausgeschüttet, sondern vorrangig reinvestiert – um den Wirkkreis des Sozialunternehmens zu erweitern oder die Qualität der Produkte zu verbessern.

Auch die jüngste Sozialenzyklika des Papstes, Caritas in Veritate (2009), ist von dem Gedanken der Integration der Ethik in das Wirtschaften getragen. Sie bringt diesen Gedanken unter dem Begriff der „Unentgeltlichkeit“ zur Geltung. Das „Prinzip der Unentgeltlichkeit und die Logik des Geschenks“ soll „in den geschäftlichen Beziehungen“ selbst präsent sein und „im normalen wirtschaftlichen Leben“ um sich greifen. Offenbar wird hier unter dem „Prinzip der Unentgeltlichkeit“ nicht ein vollständiger Verzicht auf die Verfolgung eigenen Interesses verstanden („Altruismus“), sondern die Entthronung des Gewinns als der letzten Maßgabe des Wirtschaftens. So soll „jenen wirtschaftlichen Initiativen Gestalt und Struktur verliehen wird, die den Gewinn zwar nicht ausschließen, aber über die Logik des Äquivalenzprinzips [bei dem man so viel wie möglich für sich herausschlägt] und des Gewinns als Selbstzweck hinausgehen wollen.“ Solche Unternehmen zeichnen sich durch einen „Anteil von Unentgeltlichkeit und Gemeinschaft“ aus. Die Sozialenzyklika dürfte das zivilgesellschaftliche Einsichtsniveau unserer Zeit in der Tat treffen, wenn sie festhält, dass sich „eine Grundüberzeugung ausbreitet, nach der die Führung des Unternehmens nicht allein auf die Interessen der Eigentümer [an höchstmöglichen Renditen] achten darf.“

Einer Trennung von Philanthropie nach Geschäftsschluss und Gewinnsucht beim Geschäften erteilt die Sozialenzyklika eine klare Absage: „Während man früher der Ansicht sein konnte, dass man zuerst für Gerechtigkeit sorgen müsse und dass die Unentgeltlichkeit danach als ein Zusatz hinzukäme, muss man heute festhalten, dass ohne die Unentgeltlichkeit auch die Gerechtigkeit [des Wirtschaftens] nicht erreicht werden kann.“ Die „Träger“ eines solchen, ethisch-integrierten Wirtschaftens folgen dabei nicht irgendwelchen Zwängen, sondern „richten ihr Handeln aus freiem Entschluss nach Prinzipien aus, die sich vom reinen Profitstreben unterscheiden, die aber dennoch weiter wirtschaftliche Werte hervorbringen wollen.“

In einem weiteren Sinne korrespondiert auch diesem Verständnis guten Wirtschaftens eine Spende. Sie besteht allerdings nicht, jedenfalls nicht zwingend, in einem Verzicht auf jegliche Form von Gewinneinkommen, sondern im Verzicht auf höchstmögliche Gewinne. Man hat lediglich Opportunitätsverlust zu erleiden. Man „verschenkt“ also lediglich Gewinne, die man erreichen könnte, wenn man Dinge tut, die man gar nicht tun will, da sie bei Licht besehen als unverantwortlich, als unanständig oder als illegitim zu beurteilen wären. Durch diese „Spende“ wird Raum gegeben für die Berücksichtigung rentabilitätsfremder Gesichtspunkte, etwa der Fairness im Umgang mit allen Beteiligten und die Ausrichtung der Unternehmensorganisation auf Ziele, die gesellschaftlich Sinn machen.

Die Unternehmensträgerstiftung

Gerade hier kann die Idee der Stiftung äußerst hilfreich sein, nämlich in Form der Unternehmensträgerstiftung. Hierbei wird das Unternehmenskapital in eine gemeinnützige Stiftung eingebracht und dadurch „neutralisiert“ – ein Schritt, den beispielsweise der Gründer der DM-Drogeriekette, Götz Werner, kürzlich gegangen ist. Werner möchte damit den Fortbestand des Unternehmens langfristig sichern. Wovor, das sagt er nicht so genau. Letztlich handelt es sich nämlich um eine Absicherung des Unternehmens und seiner Entwicklung vor dem Zu- und Durchgriff diverser Gewinninteressen.

Unternehmen sollen nicht von einer Anspruchsgruppe allein dominiert werden. Dies ist heute in der Regel die Gruppe der Kapitalgeber. Die Kapitalinteressen sind in den letzten Jahren vollständig dominant geworden. Vorangetrieben wurde diese Entwicklung von Beratern, die sich im Maße ihrer ökonomischen Radikalität überbieten möchten. „Economic Value added“ hieß die Losung, was bedeutet, das „Wert“ – gemeint ist Kapitalwert bzw. Kapitaleinkommen und sonst gar nichts – allein dann geschaffen wird, wenn die höchstmögliche Rendite erzielt wird. Wer 25 % Eigenkapitalrendite erzielen könnte – durch Restrukturierung, Outsourcing, Arbeitsverdichtung, das Abstoßen von Unternehmensteilen, die unterhalb der Benchmarkrendite arbeiten, die konsequente Ausrichtung der Produkte oder des Sortiments auf maximale Rendite usw. – aber aktuell nur sagen wir 12 % erzielt, der „vernichtet“ innerhalb dieser abstrusen Logik maßloser Gewinnsucht „Wert“, obwohl er doch recht ansehnliche Gewinne erzielt. Wer das Unternehmen nicht bloß eindimensional als Mittel der Gewinnmaximierung begreift, sondern als einen Zusammenschluss von Personen, die sinnvolle Dinge herstellen und bereitstellen möchten, dabei durchaus auch anständige Einkommen erzielen wollen, aber auch einen fairen Umgang untereinander und gegenüber Dritten pflegen, der tut gut daran, das Unternehmen vor dem Einfluss solcher „Heuschrecken“, die all dies vernichten würden, zu schützen.

Hierfür bietet die Unternehmensträgerstiftung eine bestens geeignete Rechtsform an. Sie verpflichtet die Führungsgremien des Unternehmens, die möglichst breit zusammengesetzt sein sollten, auf die Ausrichtung des Unternehmens auf die ethisch wohlerwogenen Unternehmensmission und verhindert die „personalistische Fehlschaltung“ (Peter Ulrich) des Unternehmens. Selbstverständlich muss auch ein als Stiftung verfasstes Unternehmen Überschüsse erzielen. Doch ist es nicht allein darauf ausgerichtet, dass diese so hoch wie möglich ausfallen und sich die Investoren maßlos bereichern können. Dies schließt eine angemessene Vergütung der Investoren durchaus ein.

Die Idee der Umwandlung von Unternehmen in Stiftungen wurde bereits in den 1980er Jahren aufgeworfen, etwa von dem Wirtschafts- und Umweltsoziologen Josef Huber oder von Begründer der Integrativen Wirtschaftsethik, Peter Ulrich. Kürzlich hat der Umweltökonom Hans Binswanger diese Idee wieder aufgegriffen. Die Rechtsform der Stiftung würde den „Renditedruck“ von den Unternehmen nehmen und es ihnen erlauben, das Unternehmen „primär auf konkrete Ziele“ – nämlich auf gesellschaftlich sinnvolle Ziele – auszurichten. Überdies sollten diese Unternehmensträgerstiftungen von Gremien kontrolliert werden, in denen sich die „verschiedenen gesellschaftlichen Interessen widerspiegeln“.

Kein Ablasshandel

Selbstverständlich sind auch reine Spenden und echte Wohltätigkeitsstiftungen, bei denen nicht nur mehr oder minder hypothetische Einkommensbestandteile verschenkt werden, sondern vollumfänglich dem Prinzip der Unentgeltlichkeit nachgelebt wird, ethisch wünschenswert. Gehen wir davon aus, dass der Spender oder Stifter ein ethisch wohlerwogenes Betätigungsfeld gefunden hat, so ist damit die ethische Herausforderung allerdings noch nicht bewältigt. Eine ethisch unverkürzte Sicht muss nämlich auch danach fragen, woher das Geld stammt und wie es erworben wurde.

Häufig wird ja eine ruchlose Geschäftspolitik dadurch zu verteidigen versucht – oder von ihr abzulenken versucht –, dass man, überspitzen wir einmal: von den legal ergaunerten Milliarden ein paar Milliönchen für mildtätige Zwecke abzweigt. So unterstützt die als „Heuschrecke“ verschriene Kapitalbeteiligungsgesellschaft mit dem zynisch anmutenden Namen „The Children’s Investment Fund“ Kinderheime, und triebt zugleich, wie das schweizerische Wirtschaftsmagazin Bilanz formuliert, „die holländische Großbank ABN Amro brutal in eine Fusion – und bringt so womöglich Tausende Familienväter um ihren Job.“ Eine weitere Beteiligungsgesellschaft mit dem passenden Namen „Cerberus“ (Höllenhund) fördert Ausbildungsplätze, was sicher einem ehrenwerten Engagement entspricht –

allerdings, wie die Financial Times Deutschland schreibt, „aus den Gewinnen, die sie anderswo mit Stellenkürzungen macht.“ Derzeit wird wieder über überhöhte Preise für Pharmazeutika diskutiert. Doch für das amerikanische Pharmaunternehmen Merck können die Gewinne niemals zu hoch ausfallen, denn nur dies erlaube es dem Unternehmen, „ein bedeutendes philanthropisches Programm aufzulegen.“

Das Spenden oder Stiften darf nicht zum Ablasshandel verkommen. Früher nannte man die Großspender in den USA abfällig „Räuberbarone“, weil ihr Reichtum auf ethisch zumindest fragwürdigen Grundlagen ruhte. Heute gibt es einen Trend zum „blinden Investieren“, dessen Motto lautet: Hauptsache die Rendite stimmt, egal, wie sie erzielt wird. Denn je höher sie ausfällt, desto mehr können wir ja spenden. Dies betreibt etwa die Bill & Melinda Gates Foundation. Die Stiftung hat den karitativen vom investiven Zweig strikt getrennt. Dies hatte beispielsweise zur Folge, dass die Stiftung einerseits viel Geld für die Verbesserung der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung im Niger Delta ausgibt, zugleich aber in Mineralölgesellschaften investiert, die für den hohen Verschmutzungsgrad der Luft und entsprechende Folgekrankheiten just im Niger Delta verantwortlich gemacht werden. Dies ist mit Blick auf die Stiftungsidee nicht nur widersinnig, sondern auch dann, wenn ein solcher direkter konterkarierender Zusammenhang nicht vorliegt, ethisch unverantwortlich.

„Mach alles, was nötig ist, um Geld zu verdienen, danach kannst du dich darum kümmern, was du mit den Profiten machst.“ Diesem spendenethischen Motto erteilt Muhammad Yunus ganz zu Recht eine klare Absage. Die wirtschaftsethisch erste Frage muss stets lauten: Verdienne ich mein Geld auf anständige und verantwortungsvolle Weise? Und leiste ich mit meinem Kerngeschäft sinnvolle Beiträge für eine gute gesellschaftliche Entwicklung? Wir haben gesehen, dass auch damit eine Art Spende verbunden ist, in Form entgangener Gewinne nämlich, und dass auch hier die Stiftungsidee nützliche Dienste leisten kann. Wer die wirtschaftsethisch erste Aufgabe erfüllt und also auf verantwortungsvolle und der Gesellschaft dienlich Weise gute Gewinne erzielt, der kann und sollte auch weiter gehen und sich, wenn die sinnvollen Reinvestitionsmöglichkeiten ausgeschöpft sind, fragen: Was fange ich damit an, wie kann ich die Gewinne „zur Verbesserung der Lebensqualität aller Menschen“ (Muhammed Yunus) verwenden?